

rend des Krieges und zuletzt unter dem Einflusse des die finanziellen Folgen in unbegreiflicher Weise ignorierenden Hindenburg-Programms gründlich entwöhnt hatte, und zu welcher ich schon vor 4½ Jahren in dem obenerwähnten Artikel mahnte, der deshalb den Ausgangspunkt für allerhand mit vom preußischen Kriegsministerium bereitete Unannehmlichkeiten bildete, ist vorläufig noch nicht viel zu spüren. Im Gegenteil, so verschwenderisch ist mit den öffentlichen Mitteln während des ganzen Krieges nicht umgegangen worden, wie seitens vieler durch die Revolution ans Ruder gekommenen Organe, wie von Arbeiter- und Soldatenräten, von der in ihrer jetzigen Gestalt der Rückkehr zu der so dringend notwendigen Arbeit schnurstracks entgegenwirkenden Erwerbslosenfürsorge gar nicht zu reden.

Es besteht aber auch die allergrößte Gefahr, daß der Versuch gemacht wird, die Sozialisierung von Betrieben nur dazu zu benutzen, den Arbeitern noch höhere Löhne und den entscheidenden Einfluß auf den Betrieb zu verschaffen, einen Einfluß, den sie gewiß nicht in erster Linie für die Rentabilität des Betriebes zugunsten des Reiches einsetzen würden. Soll die Sozialisierung in Einklang mit unserer Finanzlage gebracht werden, dann muß ihr Ziel die bei auskömmlicher Lage der Arbeiter größtmögliche Rentabilität der Unternehmen für Reich und Staat sein. Dieses Ziel würde aber sicher nicht erreicht, wenn es nicht gelingt, die für die Leitung dieser Unternehmen technisch und kaufmännisch erfahrensten und weitblickendsten Männer zu erhalten. Dank dem Kriege, den Waffenstillstandsbedingungen und den unausgesetzten inneren Unruhen sind die früher so gewinnbringenden Staatsbetriebe, wie der größte unter ihnen, die preußisch-hessischen Staatseisenbahnen, in Grund und Boden gewirtschaftet. Es ist eine der dringendsten Aufgaben von Reich und Staat, ihre bisherigen Betriebe — das Reich seine künftigen Reichseisenbahnen — nicht nur wieder auf den früheren Stand der Ergiebigkeit zu bringen, sondern noch weit darüber hinaus, und daneben geeignete andere Unternehmungen in ihren Besitz zu überführen, um den bisher Privatunternehmern oder Gesellschaften zugeflossenen Gewinn nicht etwa zugunsten der natürlich auskömmlich zu entlohnenden Arbeiter zu verpulvern, sondern zur Minderung des ungeheuren Steuerdrucks der Allgemeinheit zuzuführen.

Wenn überhaupt noch eine Möglichkeit besteht, den Reichs- und Staatsbankrott mit seinen für das Wirtschaftsleben vernichtenden Folgen zu vermeiden, was ich kaum noch zu hoffen wage, so nur durch weitgehendste Beteiligung von Reich und Stat an wirtschaftlichen Erwerbsunternehmungen, sei es in Form des Monopols, sei es in der gemischter Unternehmungen. Durch eigentliche Steuern läßt sich meines Erachtens ein Gleichgewicht im Reichs- und Staatshaushalt überhaupt nicht mehr herstellen, ohne in aller kürzester Zeit zur Erschöpfung aller Steuerquellen zu gelangen.

In der Steuerpolitik muß, je höher die Steuerlast ist, um so mehr das Ziel sein eine Lastenverteilung nach der individuellen Leistungsfähigkeit, dergestalt, daß die Steueropfer für alle Steuerträger tunlichst gleichempfindlich sind. Man rühmt den direkten Steuern wohl nach, daß sich mit ihnen mehr als mit indirekten dieses Ziel erreichen lasse. Aber dieser Vorzug verflüchtigt sich bei zu starker Hochspannung der direkten Steuern. Je höher die Gesamtsteuerlast ist, um so mehr muß ihre Verteilung individualisiert werden, und zu dieser Individualisierung reichen obrigkeitlich veranlagte Steuern nicht aus. Auch die feinstausgebildeten Einkommen- und Vermögenssteuern